

„Bei der Teilung sind die linken Kräfte immer Spitze gewesen – jetzt sollten wir zeigen, dass wir es auch bei einer Einigung sein können“

Seite -2-

Die Landtags-
wahlen fest im
Blick

Seite -7-

Linkes Blatt

5. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

16.03.2010

Unsere März-Aktion für die Kinder von Kuba :

Ost und West marschieren gemeinsam. Wenn es in die richtige Richtung geht.

Aber: Welches Bundesland wird der Spenden-Sieger ?

In der Linkspartei wird mächtig diskutiert. Und oft auch böse gestritten. Von Ost-West-Problemen ist die Rede. Und es wird gesagt: Wir müssen mehr miteinander statt übereinander reden. Richtig. Wir wollen nun im März beweisen, dass ‚Ost‘ und ‚West‘ auch gemeinsam an einem Strang ziehen können. Jeder soll sehen, dass ‚Ost‘ und ‚West‘ (wenn es um die richtige Sache geht) mit einer Stimme sprechen – und auch ‚Opfer‘ bringen können.

Ab dem 1. März beginnt (für genau einen Monat) unsere nächste Spenden-Aktion für die Aktion „Milch für Kubas Kinder“. Es geht wieder darum, den Kindern von Kuba (+ allen Kubanern) zu zeigen: Wir stehen fest an euer Seite. Konkret sollen unsere Spenden in die Land-schule „Ernst Thälmann“ in Jaibo/ Guantanamo fließen.

Und wir haben uns das diesmal so vorgestellt: Alle, die in den nächsten Wochen (also im März) spen-

den, brauchen nicht unbedingt ihren Namen, sollten aber auf jeden Fall ihr Bundesland angeben.

Wir zählen dann die Spenden pro Bundesland zusammen und veröffentlichen sie regelmäßig auf unserer Homepage www.roter-reporter.de. Und es gilt auch diesmal:

Es gibt keine zu kleinen Spenden – jeder Euro zählt.

Und auch diesmal könnt ihr eure Spenden auf allen möglichen Wegen nach Wülfrath transportieren. Im Brief an

Klaus H. Jann, Düsseler Straße 16, 42489 Wülfrath (auch beigelegte Briefmarken wechseln wir in richtiges Geld um); persönlich zum Klaus bringen oder ihr überweist eure Spende auf das Konto 355.46.49 bei der Kreisparkasse Düsseldorf, Klaus H. Jann (BLZ 30150200), Kennwort Kuba-Kinder.

Und für das Sieger-Bundesland

habe ich mir eine besondere Überraschung ausgedacht:

Ich komme dann in das „Siegerland“ – entweder zu einem Vortrag über erfolgreiche Kommunalpolitik (oder „Die Linke im Westen“) oder mit meinem Kasperletheater auf euer nächstes Kinderfest.

Also : Es liegt auch in Deiner Hand...!

Übrigens:

Bei unserer Kuba-Spenden-Aktion im Januar sah es nach Bundesländern so aus:

1. NRW – 2. Berlin – 3. Mecklenburg-Vorpommern – 4. Brandenburg – 5. Hessen

Cuba Si Wülfrath - gemeinsam mit der Redaktion Roter Reporter

Für dich!
Glück, dich zu haben:
Achtsamkeit und sehr viel
Fleiß,
hilfsbereit und ohne
jeden Preis!
So wunderbare Gaben!

CarenLay:

„Bei der Teilung sind die linken Kräfte immer Spitze gewesen – jetzt sollten wir zeigen, dass wir es auch bei einer Einigung sein können“

Am 3. März 2010 fand die 2. Tagung des 3. Parteitages unseres Stadtverbandes im Künstlerhaus 188 statt. Von 80 Delegierten waren trotz kurzfristiger Einladung 67 Delegierte gekommen, um zunächst unsere Vertreter/innen zum Lan-



desausschuss zu wählen. Nach Aufstellung der Kandidatin und des Kandidaten - Marion Krischok und Frank Baier - (denen ich beiden gewünscht hätte, sich kurz vorzustellen und vielleicht über die Aufgaben und ihre Arbeit im Landesausschuss berichten zu können), stellte das Gremium fest, dass es keine Kandidaturen für Ersatzmitglieder zum jetzigen Zeitpunkt gab und vertagte eine eventuelle Wahl dieser auf den Stadtparteitag am 25.09.2010. Zur Wahl unserer Vertreter/in machten 62 Delegierte von ihrem Wahlrecht Gebrauch mit folgendem Ergebnis:

Marion Krischok:

60 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltung

Frank Baier:

53 Ja / 5 Nein / 4 Enthaltungen

Wir konnten nach einer kurzen Pause und dem Wahlgang die Genos-

sin Caren Lay, welche im Personal-konzept des Bundesvorstandes neben Werner Dreibus als Geschäftsführerin der Bundespartei vorgeschlagen ist, begrüßen. Caren Lay wurde gebeten, ein kurzes Einführungsstatement zu geben, was

sie auch kompetent tat. Sie bedankte sich zunächst für die Einladung und betonte, dass Werner Dreibus und sie solche Termine eigentlich gerne zusammen wahrnehmen, es Werner allerdings terminlich an diesem Tag nicht möglich war, nach Halle zu kommen. Auch sie empfand den Umgang mit Dieter Bartsch (wie wohl die meisten von uns) einer sozialistischen, demokratischen Partei als nicht würdig. Desweiteren betonte sie,

dass weder sie noch Gen. Dreibus am Personal-konzept des Bundesvorstandes beteiligt war. Sie steht aber hinter diesem Konzept und kann sich die Zusammenar-

beit als Doppelbesetzung in der Geschäftsführung sehr gut vorstellen. Dieses Personalkonzept spiegelt die Pluralität unserer Partei

wieder.

Caren erläuterte, wie sie sich eine solche Arbeit vorstellt: konkrete Verantwortungsbereiche, allerdings nicht aufgeteilt in Ost/West oder Lötsch/Ernst. Wichtig ist für sie vielmehr, als Zentrum der Partei zu fungieren und als solches klare Arbeitsaufgaben zu benennen und zu leisten, als da wären: Mitgliederentwicklung, Kampagnenarbeit und nicht zuletzt die Programmdebatte. Im Zusammenhang mit der Aufgabe, die Programmdebatte zu begleiten sprach sich Caren ausdrücklich für eine Urabstimmung über ein neues Programm aus.

In der anschließenden Diskussion kam zum Vorschein, dass es auch in unserem Stadtverband durchaus unterschiedliche Positionen zum Personalvorschlag gibt. Während sich Frank Baier auch im Namen seiner BO vehement gegen den Vorschlag aussprach, gab es auch Stimmen, die mahnten abzuwägen,



erst einmal alle Argumente zu hören oder auch dem Vorschlag zuzustimmen. Henriette Quade z.B. meldete auch grundsätzliche Be-

denken an, favorisierte aber die Möglichkeit, auch über die künftige Personalstruktur eine Urabstimmung durchzuführen.

Fazit der sachlichen Diskussion war, dass wir es uns nicht leisten können, Personen unnötig zu verschleifen, dass die Programmdebatte die momentane Kernfrage ist und wir uns um einen intensiveren Dialog zwischen Ost- und Westverbänden kümmern müssen, da eben durch die unterschiedliche Entwicklung der beiden deutschen Staaten auch unterschiedliche Sozialisationen gegeben sind, welche nicht mit einer bloßen Parteigründung (so wichtig und richtig diese auch war und ist) überwunden werden können.

Die Bundestagswahlen, die vergangenen Landtagswahlen haben bewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger durchaus in der Lage sind, die Kraft einer geeinten Linken zu schätzen und sie auch zu honorieren im Interesse der Vertretung ihrer ureigensten Interessen, wie der Durchsetzung von so wesentlichen Forderungen z. B. nach Mindestlohn, gerechter Rente, gleicher Bildungschancen für alle usw. usf..



Zum ersten Mal konnten wir gewählte Delegierte der SDS Hochschulgruppe MLU auf unserem Parteitag begrüßen.

In diesem Sinne:

Gemeinsam streitbar auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft, zu einem demokratischen Sozialismus.

Marianne Böttcher

Brief der Basisorganisation Silberhöhe an den Bundesvorstand

Liebe Genossinnen und Genossen des Bundesvorstandes, in zwei Monaten soll auf dem Bundesparteitag unserer Partei in Rostock sowohl über eine neue Führungsstruktur als auch über ein neues Parteiprogramm beraten und ein Beschluss gefasst werden.

Wir, die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation Silberhöhe, Halle (Saale) möchten Euch gern einige der Gedanken und Ergebnisse unserer Diskussionen über die Geschehnisse in unserer Partei während der vergangenen Monate sowie im Hinblick auf unsere Vorstellungen zum Thema Regierungsbeteiligung und Parteiprogramm zukommen lassen. Wir sind sicher, dass ähnliche Diskussionen auch in vielen anderen Basisorganisationen, ganz gleich ob in Ost oder West, geführt worden sind und wir nicht allein die Meinung vertreten, dass es an der Zeit ist, die Basis wieder

stärker in Entscheidungen, die das Innerste unserer Partei betreffen, einzubeziehen.

Das Bild, das unsere Partei in den letzten Monaten der Öffentlichkeit bot, war eines der inneren Zerrissenheit, geprägt von schlecht verdeckten Animositäten zwischen führenden Persönlichkeiten der Linken. Wir glauben nicht, dass es sich, wie in den Medien oft und gern beschworen, um wirkliche unüberbrückbare ideologische Unterschiede zwischen Ost und West, zwischen den verschiedenen Strömungen in der Linken handelt. Dieses Erkenntnis ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass es für uns, die wir an der Basis täglich in unserem Lebensumfeld Überzeugungsarbeit zu leisten haben, äußerst kompliziert ist, Menschen zu erklären, dass wir uns von allen anderen Parteien unterscheiden, wenn sich einige führende Vertreter un-

serer Partei ein Gerangel um die Macht und um Befindlichkeiten liefern, das sich in Nichts von dem in anderen Parteien unterscheidet. Es ist an der Zeit, den Schulterchluss zu üben und endlich zu einer links geprägten Sachpolitik zurückzukehren. Der kommende Parteitag ist eine gute Gelegenheit, die Definition, was eine links geprägte Sachpolitik ausmacht und unter welchen konkreten Bedingungen Die Linke bereit ist, Regierungsverantwortung zu übernehmen, erneut unter Berücksichtigung der realpolitischen Gegebenheiten in ihrer Gültigkeit zu prüfen, zu konkretisieren und sie für das nächste Jahrzehnt tauglich zu machen. Prinzipien sind wichtig. Prinzipien sind gut. Es gibt Prinzipien, die wir auf keinen Fall aufgeben dürfen. Dazu gehören Prinzipien wie unser Nein zu Afghanistan oder das Festschreiben der Verantwortung des Staa-

tes für die öffentliche Daseinsvorsorge. Prinzipien dürfen unserer Meinung nach jedoch nicht zum Dogma verkommen und uns daran hindern, auch Regierungsverantwortung zu übernehmen, wenn dies der offensichtliche Wille der mündigen Bürger dieses Landes ist. Stimmenanteile von zwanzig und mehr Prozent, wie sie in einigen Bundesländern erreicht wurden, sprechen eine deutliche diesbezügliche Sprache. Wir sind nicht so naiv zu glauben, dass die Übernahme von Regierungsverantwortung die Arbeit an der Basis leichter macht. Das Gegenteil ist eher der Fall. Realpolitik bedeutet oft, Kompromisse einzugehen, nicht einhundert Prozent von dem zu bekommen, was man wollte, auch unpopuläre Entscheidungen mittragen zu müssen. Sie eröffnet aber zugleich die reale Möglichkeit, linke Politik zu leben, sie im Sinne der Bürger dieses Landes in Form von Gesetzen und Haushaltsbeschlüssen umzusetzen und sie damit real für Jeden spürbar zu machen. Die Stadt Halle (Saale) ist ein gutes Beispiel dafür, dass Sachpolitik durchaus parteipolitische Befindlichkeiten überwinden kann und Zweckbündnisse mit Bezug auf einen konkreten Sachverhalt über Parteigrenzen hinweg zu Lösungen im Sinne der Bürger führen können. Wir hoffen, dass die Delegierten des Bundesparteitags sich nicht in ergebnislosen Grundsatz- und Personaldiskussionen verlieren, sondern mit dem neuen Parteiprogramm die Basis für eine schlagkräftige, realpolitisch denkende und linken Prinzipien trotzdem treubleibende gesamtdeutsche politische Kraft legen, die in den näch-

sten Jahrzehnten in der Lage sein wird, Stück für Stück den Einfluss der sich selbst nennenden Volksparteien zurückzudrängen.

Mit solidarischen Grüßen
Die Genossinnen und Genossen
der BO Silberhöhe,
Halle (Saale), Sachsen-Anhalt

Ein Beitrag zur Lehrerweiterbildung

Oh, Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen...

Auf dem Ettersberg bei Weimar bestand von Juli 1937 – April 1945 das Konzentrationslager (KZ) Buchenwald.

Nach dem Bericht von E. Kogon „Der SS-Staat“ waren ca. 240000 Häftlinge in diesem Lager eingesperrt: Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerliche Demokraten, Kriminelle, Homosexuelle, Sinti und Roma, Bibelforscher, Katholiken, Evangelische, Juden aller Länder und auch Kriegsgefangene. Etwa 55000 wurden getötet. Allein für den Zeitraum 1. Januar – 3. April lautet die offizielle Ziffer 13056 „Todesfälle“.

Am 11. April 1945 waren noch ca. 21000 Häftlinge im Stammlager. Der Hauptteil der SS-Wachmannschaften floh vor den herannahenden Amerikanern. Gegen 15 Uhr stürmten illegal bewaffnete Abteilungen der Häftlinge die Wachtürme und Tor 1 und verjagten die restlichen Bewacher. Das internationale Häftlingskomitee übernahm die Macht und übergab das Lager am 12. 4. geordnet der US-Army. Die Befreiten schworen: „Nie wieder Faschismus!“

Unter den Befreiten befand sich auch Robert Siewert, der spätere Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt.

Zum Gedenken an die Verstorbenen und als Mahnmahl errichtete die DDR eine monumentale internationale Gedenkstätte.

Von August 1945 – Februar 1950 befand sich auf dem Gelände des ehemaligen KZ das „Speziallager Nr. 2“ des sowjetischen Geheimdienstes. Deutsche Organe der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) hatten nichts zu sagen.

Auf der formellen Grundlage der Entnazifizierungsbeschlüsse der Alliierten und des SMAD-Befehls zur Bekämpfung der Sabotage wurden Ostdeutsche, meist örtliche NSDAP-Funktionäre, NS-belastete Lehrer, HJ-Jungs, aber auch Unternehmer, Großbauern und völlig Unbelastete in ein Schweigelager gesperrt, offiziell „interniert“. Nach Schätzung in dem Buch „Stalins Lager in Deutschland“ waren insgesamt 32000 Personen im „Speziallager Nr. 2“. Davon verstarben nach Schätzung in den 4 ½ Jahren ca. 12000.

In diesem Lager gab es keine Gaskammern, keine Genickschussanlage, keine medizinischen Versuche an Menschen, keine todbringende Zwangsarbeit in Steinbrüchen. Die Menschen verstarben an Hunger, Krankheiten, Entkräftung.

Die „Speziallager“ der Sowjetunion auf deutschem Boden waren eines der Verbrechen der stalinschen Macht. In der DDR war das Thema „Speziallager“ ein Tabu. Erst nach 1990 konnte dieser Teil der Geschichte aufgearbeitet werden. Jetzt wird in Buchenwald auch daran erinnert.
G.Nau

Buchvorstellung und Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

Die Linke und die Nation

Die Erfahrung von 1989/91 mit dem Untergang des Realsozialismus zwischen Elbe und Kamtschatka hat gezeigt, dass die nationale Karte stärker stechen kann als die soziale. Dabei geht es einerseits um die Erbmasse des Sowjetimperiums, andererseits um ethnisch argumentierte Fliehkräfte in asiatischen Staaten, angefangen bei China. Hier, noch mehr in Afrika und teilweise in Amerika, vermengen sich nationale und vernational-tribalistische Konflikte. Aber selbst in den entwickelteren europäischen Regionen funktionieren alte Feindbilder aus einstigen nationalen Unterwerfungen.

Die Furcht vor der Vereinnahmung von Nation, Vaterland und Heimat durch die Rechte ist ebenso begründet wie entwaffnend. Als Teil eines Kategoriensystems zur wissenschaftlichen Durchdringung des modernen Kapitalismus bleibt die Nation unerlässlich. Als wesentliches Kampffeld im antikapitalistischen und anti-imperialistischen Kampf wird sie trotz anderer Angebote, die von der „Region“ über die „Europaidee“ bis zum „Weltbürgertum“ reichen, wichtig bleiben. Jede linke nationale Politik wird sich zwangsläufig gegen Ausgrenzung und Privilegierung wenden, so wie jeder rechter Nationalismus auf genau diese Ausgrenzung und die Privilegierung der eigenen Nation, ihre Vor- und im Extremfall Weltmachtstellung orientiert.

Der vorliegende Band der „Edition linke Klassiker“ bietet eine auch aktuell wichtige Durchsicht linker theoretischer Texte, die sich mit der nationalen Frage beschäftigt haben. Erläuterungen des Herausgebers, Quellenangaben und weiterführende Literaturhinweise machen das Buch zu einer Fundgrube für alle, die in Zeiten von Ethnisierung und nationalen Wahnvorstellungen einen analytisch kühlen Kopf bewahren wollen.

MIT

Dr. Stefan Bollinger (Autor des Buches)

ORT

Freiwilligenagentur Halle, 06108 Halle, Leipziger Str. 82

AM

18.3.2010, 18.00 Uhr

KONTAKT: RLS Geschäftsstelle Halle, Blumenstr. 16, 06108 Halle, TEL: 0345 – 2025594, EMAIL · gs-halle@rosaluxsa.de

ROSALUXEMBURGSTIFTUNG

Anekdote

Ein älteres Ehepaar schlurft übers Pflaster in Richtung „Edeka“.

Er brabbelt laut vor sich hin, wie man das ja von Leuten in dem Alter durchaus kennt.

Sie sagt zu ihm: „Erzähle nicht so laut vor dich hin, Die Leute hören und sehen das doch.“ Ihr Mann erwidert: „Lass sie nur sehen und hören, hier redet doch jeder zweite laut vor sich hin.“ „Das muss aber nicht sein, Liebling!“, meint sie ungewöhnlich liebevoll, was ihn aufhorchen und fragen lässt: „Wie meinst’n das?“ „Ich glaube, du brauchst mal wieder einige PDE... (den Rest konnte ich nicht genau

verstehen), dann redest du auch weniger bis gar nicht vor dich hin!“

Er: „Und wo soll ich das Geld hernehmen?“, brummte er.

„Für die Liebe darf uns nichts zu teuer sein!“, meinte sie hartnäckig und ließ meine Ohren immer länger werden, denn diese Dialog-Richtung erstaunte mich schon.

„In Mexiko ist man schon viel weiter als bei uns!“ warf er ein.

„Wieso denn das?“, fragte sie ahnungslos. „In Mexiko sind für Rentner Viagra oder Levitra frei erhältlich, hierzuland setzt sich nicht eine Partei dafür ein, nicht einmal die Linke“, grinste er sie an.

Jetzt musste sie lachen und ergriff seine Hand: „Wenn ich dich nicht hätte, es gäbe nichts zu lachen!“

Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de

Sven Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

11.03.2010

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 25.03.2010

Nachdenklichkeiten zur Geschichte

Zu allen Zeiten gab es Menschen, die sich Gedanken über den Zustand ihrer Welt machten und darüber hinaus Ideen von einer lebenswerten Zukunft entwickelten. Denken wir an Morus's „Utopia“, an Campanella's „Sonnenstaat“ oder an das „Kommunistische Manifest“ von Marx und Engels. Ihr Nachdenken war für Generationen Kompaß und Antrieb zu Handeln. Schließlich wird bis heute so Geschichte gemacht - ein Stoff an dem so viele rumzerren. Leider treten bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte all zu oft vieler ihrer dunklen Seiten ans Licht. Da wurden saubere Ideale in den Schmutz gezogen. Da endeten humanistische Menschheitsträume aufgrund der herrschenden gesellschaftlichen Realität in Alpträumen. Widersprüche erwiesen sich nicht als Triebkräfte der Entwicklung, sondern als Sargnagel. Anders als Francis Fukuyama, der 1992 in seinem gleichnamigen Buch vom „Ende der Geschichte“ schrieb, geht sie doch weiter! Fukuyama argumentierte in diesem Buch, dass das Ende des 2. Weltkrieges und der Mauerfall zu einer Schlußphase der Systementwicklung geführt hätte. Ist das nicht ein Abgesang auf die Wissenschaft und auf das Suchen nach neuen besseren Alternativen? Nun, wenn Geschichte eine Aufgabe hat, dann ist es die: Aus ihr zu lernen, wie man es in Zukunft besser machen kann, ohne ihre Fehler zu wiederholen. Darin liegt auch eine große Verantwortung. Sich ihrer zu stellen, ist auch für eine demokratische Linke unabdingbar. Namentlich die Partei DIE LINKE (früher PDS) ist darum seit 1990 mit unterschiedlichen Erfolg bemüht. Viel vorbildliches hat diese Partei in ihrer Geschichtsarbeit seitdem hervorgebracht. Hingewiesen sei hier auf zahlreiche Konferenzen und auf

die Arbeit der Historischen Kommission. Doch viel von dem ist durch manche zu unkritische Beiträge, worin das Versagen, Fehler und auch Verbrechen der DDR verharmlost oder negiert wurden, wieder in Frage gestellt worden. An der DDR war leider einfach zu wenig sozialistisch. Deswegen ist sie untergegangen! Selbst wenn der Klassenfeind im Westen da nachgeholfen hat: Ein Sozialismus, wo nicht gleichermaßen politische wie soziale Rechte Beachtung finden ist unvollkommen. Es darf eben nicht nur, um Walter Ulbricht zu zitieren, demokratisch aussehen, es muß auch tatsächlich demokratisch sein. Auch eingedenk ihrer Erfahrung aus zwei politischen Systemen sollte DIE LINKE sich dem demokratischen Gedanken besonders verpflichtet fühlen.

Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke regte vor Jahren die PDS an, zu einer sozialistischen Bürgerrechtspartei zu werden. Erfüllte die neue LINKE diesen Anspruch mit all ihren Fasern, dann wäre sie schon ein ganzes Stück nah dran an einem zukunftsfähigen (!) demokratischen Sozialismus. Das ist es doch, wofür diese Partei programmatisch steht. Nur der genaue Inhalt und der richtige Weg dahin bedürfen noch politisch-theoretischer Verständigung. Dabei wird man nicht umhin kommen, sich von zahlreich vorhandenen konterminierten Anteilen zu trennen. Zum Grundkonsens in diesem programmatischen Klärungsprozeß sollte aber gehören, das dass Bild dieser neuen Gesellschaft in große demokratische, soziale, ökologische und friedenspolitische Rahmen gehört. Gleichermaßen beachtet im Alltag für jeden Bürgers erlebbar und sichtbar. An dieser Stelle sind wir wieder bei der Geschichte. Wer in aufgeschlossener und konstruktiver

Weise die Geschichte als Erkenntnisquelle zu nutzen weiß, der wird auch für die Gegenwart und Zukunft hilfreiche Antworten finden. Vor allem kann er lernen, wie es eben nicht geht! Eine Kernfrage um deren Antwort schon heute jeder demokratischer Sozialist wissen sollte. In all diesem Sinne möge DIE LINKE nun frei nach Max Weber in die Speichen des Rades der Geschichte greifen und ihm eine wahrhaft demokratisch sozialistische Richtung geben. Da kann Prof. Fukuyama aber einpacken....

Cottbus, René Lindenau

„Spruchbänder“

Die Linke-Fraktion des Bundestages hat auf ihre Weise der Opfer von Kundus gedacht und wurde nach der nichtbefolgten Aufforderung, die „Spruchbänder“, die keine waren, herunter zu nehmen, des Saales verwiesen. Auf diejenigen, die die Linke lieben oder mit ihr auf irgendeine Weise liebäugeln, hat diese Aktion einen guten Eindruck gemacht. Die Idee der Linken, eine Gedenkfeier für die Opfer von Kundus im Bundestag zu veranstalten, wurde abschlägig behandelt, also half sie sich auf diese Weise. Und Bundestagspräsident Lammert war so überrascht, dass er zum Bürokraten wurde: Er ließ den Paragraphen 38 der Bundestagsordnung walten, anstatt die Situation mit Gelassenheit oder Humor zu gestalten: „Die Abgeordneten der Fraktion Die Linke haben die Namen der unschuldigen Opfer von Kundus auf ihre Plakate geschrieben. Ich plädiere dafür, dass sich alle Abgeordneten dieses hohen Hauses zu ihrem Gedenken für eine Minute von Ihren Plätzen erheben!“

Die Landtagswahlen fest im Blick

Am 20.03.2011 finden in Sachsen-Anhalt Landtagswahlen statt. Um an die guten Ergebnisse der Wahlen des letzten Jahres anknüpfen zu können, ist es Aufgabe unseres Landesverbandes, aber auch des Stadtverbandes, diese inhaltlich und personell gut vorzubereiten.

Die Erstellung des Landtagswahlprogrammes wurde auf der gemeinsamen Klausurberatung von Landesvorstand und Landtagsfraktion im Januar auf den Weg gebracht. Die ersten Ergebnisse sollen im April und Mai auf den 5 Regionalkonferenzen der Basis vorgestellt und mit ihr diskutiert werden. Für die Region südliches Sachsen-Anhalt, zu der der Stadtverband Halle gehört, findet die Regionalkonferenz am 17.04.2010 statt. Die Schwerpunkte unseres Wahlprogrammes sollen auf einem Landesparteitag am 12.06.2010 beraten werden. Beschlossen wird das Wahlprogramm auf einer weiteren Tagung des Landesparteitages am 23.10.2010. Die Zeit bis dahin sollte auch der Stadtverband Halle nutzen, die Schwerpunkte der landespolitischen Arbeit in den kommenden Jahren in allen Basisorganisationen zu beraten.

Kriterien für Kandidaturen zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

Wir erwarten von den Kandidatinnen und Kandidaten:

- dass sie die Programmatik der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt aktiv vertreten und sich im Wahlkampf von der Wahlstrategie des Landesverbandes leiten lassen;
- politische und fachliche Kompetenz, politische und rhetorische Kommunikationsfähigkeiten sowie persönliche Integrität;
- die eigene politische Biografie vor ihrer Nominierung offen zu legen;
- den Wahlkampf in enger Abstimmung mit dem Landeswahlbüro der Partei zu führen;
- Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten, sich am gemeinsamen Internetauftritt zu beteiligen und eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten;
- Beratungs- und Trainingsangebote wahrzunehmen;
- dass sie bereit sind, den Landesvorstand Sachsen-Anhalt nach der Wahl bei der Schaffung einer regional ausgewogenen Verteilung der Wahlkreisbüros aktiv zu unterstützen.

Die Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt erwartet von ihren gewählten Abgeordneten eine aktive Präsenz an der Basis des Landesverbandes, Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern und die Bereitschaft, entsprechend den gültigen Beschlüssen Zuwendungen an den Landesverband zu leisten.

Beschluss des Landesvorstandes vom 10. März 2010

Auch die personelle Vorbereitung der Landtagswahl stellt eine Herausforderung an den gesamten Landesverband dar. Der Landesparteitag hat den Landesvorstand beauftragt, bis zur Vertreterversammlung im November einen ausgewogenen Personalvorschlag zu erarbeiten, der unsere inhaltlichen Prämissen unterstreicht sowie eine regional ausgewogene Vertretung in der nächsten Landtagsfraktion absichert. Hierzu haben sich der Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden auf folgende Verfahrensweise geeinigt:

Die Kreisvorstände unterbreiten dem Landesvorstand bis 20.08.2010 jeweils Vorschläge über die KandidatInnen des Kreisverbandes für den Listenvorschlag. Am 05.10.2010 wird der Landesvorstand, nach Vorschlag des Landesvorsitzenden, eine erste Beratung zu einem Listenvorschlag durchführen, welcher Grundlage einer gemeinsamen Beratung des Landesausschusses und der Kreisvorsitzenden am 09.10.2010 sein soll. Abschließend entscheidet der Landesvorstand am 16.10.2010 über den der VertreterInnenversammlung vorzulegenden Personalvorschlag.

Der Stadtvorstand beabsichtigt, dem Landesvorstand einen quotierten Vorschlag von 2 BewerberInnen vorzulegen. Die Beratungen hierzu sollen Anfang August durchgeführt werden. Allen, die an einer Kandidatur für den Landtag interessiert sind, bietet der Stadtvorstand Gespräche zur Kandidatur an. **Bewerberinnen und Bewerber werden daher gebeten, ihre Kandidaturabsicht bis 01.05.2010 dem Stadtvorstand anzuzeigen.** Über die KandidatInnen für die 4 halleschen Direktwahlkreise wird unser Stadtverband auf einer Vertreterversammlung am 25.09.2010 befinden.

Swen Knöchel